

Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport
Geschäftsstelle der Berliner Härtefallkommission



Bericht über die Tätigkeit
der Berliner Härtefallkommission
im Jahr 2021

Herausgeber:
Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport
Geschäftsstelle der Härtefallkommission
Klosterstr. 47, 10179 Berlin
HFK@SenInnDS.berlin.de

Inhalt

Vorwort	3
1. Die Härtefallkommission des Landes Berlin.....	4
1.1. Zusammensetzung der Härtefallkommission und Antragstellung	5
1.2. Die Geschäftsstelle der Härtefallkommission.....	6
1.2.1. Zulässigkeitsprüfungen	6
1.2.2. Vorbereitung der Kommissionssitzungen	7
1.3. Beratung und Votum der Härtefallkommission	8
1.4. Entscheidung der Senatorin für Inneres, Digitalisierung und Sport	9
2. Statistik	10
2.1. Zahlenüberblick 2005-2021	10
2.2. Anträge und Erledigungen in 2021	11
2.3. Strukturelle Erkenntnisse zum Personenkreis der Antragsteller und Antragstellerinnen	12
Danksagung.....	13

Vorwort

Im Januar 2005 nahm die auf Grundlage des § 23a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) eingerichtete Härtefallkommission des Landes Berlin ihre Arbeit auf. Seit über 17 Jahren richtet sie sich an Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund, die in Berlin keine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben und deren bevorstehende Aufenthaltsbeendigung zu einer besonderen persönlichen oder humanitären Härte führen würde. Die Härtefallkommission prüft in einem mehrstufigen Verfahren, ob eine weitere Aufenthaltsgewährung ausnahmsweise gemäß § 23a AufenthG – entgegen den sonstigen im Aufenthaltsgesetz enthaltenen gesetzlichen Vorschriften – geboten erscheint.

Der Tätigkeitsbericht wendet sich an die allgemeine Öffentlichkeit, insbesondere an die Kommissionsmitglieder sowie an die Beauftragte für Integration und Migration des Senats von Berlin, die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, die Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung, die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sowie an die Organisationen der Zivilgesellschaft. Sein Ziel ist es, über Grundlagen und Ergebnisse der Arbeit der Berliner Härtefallkommission zu berichten.

1. Die Härtefallkommission des Landes Berlin

Die Länder werden durch § 23a des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) vom 30.07.2004 (BGBl. I S. 1950) ermächtigt, auf Landesebene durch Verordnung eine Härtefallkommission einzurichten und auf deren Ersuchen in Härtefällen Aufenthaltserlaubnisse an vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer zu erteilen.

Der Wortlaut des § 23a AufenthG (Aufenthaltungsgewährung in Härtefällen) ist wie folgt:

„(1) Die oberste Landesbehörde darf anordnen, dass einem Ausländer, der vollziehbar ausreisepflichtig ist, abweichend von den in diesem Gesetz festgelegten Erteilungs- und Verlängerungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel sowie von den §§ 10 und 11 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, wenn eine von der Landesregierung durch Rechtsverordnung eingerichtete Härtefallkommission darum ersucht (Härtefallersuchen). Die Anordnung kann im Einzelfall unter Berücksichtigung des Umstandes erfolgen, ob der Lebensunterhalt des Ausländers gesichert ist oder eine Verpflichtungserklärung nach § 68 abgegeben wird. Die Annahme eines Härtefalls ist in der Regel ausgeschlossen, wenn der Ausländer Straftaten von erheblichem Gewicht begangen hat oder wenn ein Rückführungstermin bereits konkret feststeht. Die Befugnis zur Aufenthaltsgewährung steht ausschließlich im öffentlichen Interesse und begründet keine eigenen Rechte des Ausländers.

(2) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung eine Härtefallkommission nach Absatz 1 einzurichten, das Verfahren, Ausschlussgründe und qualifizierte Anforderungen an eine Verpflichtungserklärung nach Absatz 1 Satz 2 einschließlich vom Verpflichtungsgeber zu erfüllender Voraussetzungen zu bestimmen sowie die Anordnungsbefugnis nach Absatz 1 Satz 1 auf andere Stellen zu übertragen. Die Härtefallkommissionen werden ausschließlich im Wege der Selbstbefassung tätig. Dritte können nicht verlangen, dass eine Härtefallkommission sich mit einem bestimmten Einzelfall befasst oder eine bestimmte Entscheidung trifft. Die Entscheidung für ein Härtefallersuchen setzt voraus, dass nach den Feststellungen der Härtefallkommission dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet rechtfertigen.

(3) Verzieht ein sozialhilfebedürftiger Ausländer, dem eine Aufenthaltserlaubnis nach Absatz 1 erteilt wurde, in den Zuständigkeitsbereich eines anderen Leistungsträgers, ist der Träger der Sozialhilfe, in dessen Zuständigkeitsbereich eine Ausländerbehörde die Aufenthaltserlaubnis erteilt hat, längstens für die Dauer von drei Jahren ab Erteilung der Aufenthaltserlaubnis dem nunmehr zuständigen örtlichen Träger der Sozialhilfe zur Kostenerstattung verpflichtet. Dies gilt entsprechend für die in § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch genannten Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts.“

Der Berliner Senat hat am 26.10.2004 eine Härtefallkommissionsverordnung (HFKV) beschlossen, die am 08.01.2005 in Kraft getreten ist (GVBl. S. 12). Die Berliner Härtefallkommissionsverordnung, die Änderungsverordnung sowie weitere Informationen rund um das Thema Härtefallkommission sind im Internet unter <https://www.berlin.de/sen/inneres/buerger-und-staat/aufenthaltsrecht/haertefallkommission/> abrufbar.

1.1. Zusammensetzung der Härtefallkommission und Antragstellung

Die Berliner Härtefallkommission setzt sich gemäß § 2 HFKV aus jeweils einem Vertreter bzw. einer Vertreterin

- der Beauftragten für Integration und Migration des Senats von Berlin,
- der für Frauenpolitik zuständigen Senatsverwaltung,
- der römisch-katholischen Kirche,
- der evangelischen Kirche
- der Liga der Wohlfahrtsverbände,
- des Flüchtlingsrats Berlin sowie
- des Migrationsrats Berlin-Brandenburg e.V.

zusammen.

Die Mitglieder der Härtefallkommission und ihre Stellvertreter und Stellvertreterinnen, die über Kenntnisse des Aufenthalts- und Asylrechts und/oder über Erfahrungen in der Migrations- und Flüchtlingsberatung verfügen, werden von den entsendenden Organisationen für zwei Jahre benannt. Eine wiederholte Benennung ist zulässig.

Für das Härtefallverfahren gilt der Grundsatz der Selbstbefassung. Vollziehbar ausreisepflichtige Ausländerinnen und Ausländer können Härtefallanträge nicht direkt bei der Kommission stellen oder verlangen, dass sich die Härtefallkommission mit ihrem Fall befasst oder eine bestimmte Entscheidung trifft. Vielmehr muss das Härtefallersuchen von einem von den Betroffenen ausgewählten Kommissionsmitglied befürwortet und durch eine schriftlich begründete Anmeldung bei der Geschäftsstelle der HFK, die bei der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport angesiedelt ist, zur Beratung eingebracht werden. Die Umstände, die einen weiteren Aufenthalt im Bundesgebiet aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen rechtfertigen könnten, sind in der Anmeldung darzulegen. Dieser ist ebenso eine datenschutzrechtliche Einverständniserklärung der betroffenen Person beizufügen.

Eine aktuelle Übersicht der Kommissionsmitglieder sowie ihrer Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen nebst Kontaktdaten ist diesem Bericht als **Anlage 1** beigelegt.

1.2. Die Geschäftsstelle der Härtefallkommission

Zur Unterstützung der Härtefallkommission sowie als Anlauf- und Koordinierungsstelle ist bei der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport eine Geschäftsstelle eingerichtet. Diese ist organisatorisch dem Referat I B - zuständig für Ausländer-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht sowie die Fachaufsicht über das Landesamt für Einwanderung - angegliedert. Die Referatsleiterin ist zugleich Vorsitzende der Geschäftsstelle der Härtefallkommission. Die Geschäftsstelle ist derzeit mit fünf Mitarbeitenden besetzt.

1.2.1. Zulässigkeitsprüfungen

Jeder Einzelfall, der durch ein Kommissionsmitglied zur Beratung durch die Kommission angemeldet wird, wird zunächst durch die Geschäftsstelle hinsichtlich der in der Berliner Härtefallkommissionsverordnung (HFKV) geregelten möglichen Ausschlussgründe geprüft.

Unzulässig ist ein Antrag für eine Person,

1. die sich nicht in der Bundesrepublik Deutschland aufhält,
2. für die das Landesamt für Einwanderung nicht zuständig ist,
3. deren Fall schon behandelt wurde, ohne dass sich die der vorherigen Entscheidung zugrundeliegende Sach- und Rechtslage nachträglich zugunsten des Ausländers oder der Ausländerin geändert hat,
4. die einen Versagungsgrund nach § 5 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes erfüllt oder
5. deren Asylantrag abgelehnt und der Abschiebungsschutz nicht gewährt wurde, sofern sie lediglich Gründe vorbringt, die als herkunftsstaatsbezogene Gründe abschließend vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geprüft worden sind.

In der Regel unzulässig ist der Antrag für eine Person,

1. die wegen der Begehung einer oder mehrerer vorsätzlicher Straftaten zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mehr als drei Jahren wegen zumindest eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt worden ist, wobei im Falle einer Gesamtstrafenbildung die Höhe der Gesamtstrafe und nicht eine Addition der Einzelstrafen maßgeblich ist,
2. gegen die unabhängig von Nummer 1 eine Ausweisung auf der Grundlage eines sonstigen besonders schwerwiegenden Ausweisungsinteresses nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 bis 5 des Aufenthaltsgesetzes bestandskräftig verfügt wurde oder solche Ausweisungsgründe bestehen,
3. für die ein Rückführungstermin bereits konkret feststeht oder
4. die sich in einem Asylverfahren befindet, für dessen Durchführung

ein anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union als die Bundesrepublik Deutschland aufgrund einer auf Artikel 78 Absatz 2 Buchstabe e) des Vertrages über die Arbeitsweise der europäischen Union gestützten Verordnung zuständig ist.

Ein Ausnahmegrund zu Nummer 3 ist festzustellen, wenn

1. die Person ohne Verschulden verhindert war, sich an ein Mitglied der Härtefallkommission zu wenden, oder das Mitglied der Härtefallkommission ohne Verschulden gehindert war, den Antrag rechtzeitig einzureichen, wobei das Verschulden des antragstellenden Mitglieds der Person zuzurechnen ist,
2. der Antrag binnen der Frist zur freiwilligen Ausreise der Geschäftsstelle zugegangen ist oder
3. der Antrag offensichtlich begründet ist.

Unerheblich ist dabei, ob der Härtefallgrund vor oder nach Feststehen des Rückführungstermins entstanden ist. Sofern der Rückführungstermin verstrichen ist und die Rückführung nicht erfolgen konnte, wird ein ursprünglich unzulässiger Härtefallantrag ab dem Zeitpunkt des Scheiterns der Rückführung grundsätzlich als zulässig angesehen. Eine oder mehrere Anschlussbuchungen führen allerdings zum Ausschluss des vor dem ersten Abschiebungstermin als unzulässig erachteten Härtefallverfahrens. Die Zulässigkeit eines weiteren Antrags unter Beachtung des § 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 HFKV bleibt unberührt.

Ein Ausnahmegrund hinsichtlich Nummer 4 ist festzustellen, solange nach Feststellung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ein temporäres inlandsbezogenes Abschiebungshindernis besteht.

1.2.2. Vorbereitung der Kommissionssitzungen

Ist ein zulässiger Härtefallantrag bei der Geschäftsstelle der Härtefallkommission eingegangen, fordert die Geschäftsstelle die entsprechenden Ausländerakten bei dem Landesamt für Einwanderung (LEA) an und bittet von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen bis zum Abschluss des Härtefallverfahrens abzusehen. Darüber hinaus wird das LEA gebeten, eine Prüfung und Bewertung der fachlichen Aspekte des Aufenthaltsrechts für die jeweiligen Einzelfälle durchzuführen, und der Geschäftsstelle das Ergebnis in Form einer schriftlichen Stellungnahme zu übermitteln. Hierbei wird auch geprüft, ob die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach einer anderen Rechtsgrundlage in Betracht kommen würde.

Für die zur Beratung zugelassenen Härtefallanträge werden Aktenauszüge gefertigt. Diese sind möglichst chronologisch darzustellen, damit der aufenthaltsrechtliche Werdegang der betroffenen Ausländerinnen und Ausländer und ihre erbrachten Integrationsleistungen für alle Beteiligten des Härtefallverfahrens klar und verständlich werden. Diese Aktenauszüge bilden die Grundlage für die Beratung in den Kommissionssitzungen.

1.3. Beratung und Votum der Härtefallkommission

Die Kommissionssitzungen erfolgen auf Einladung der Vorsitzenden der Geschäftsstelle oder deren Stellvertretung. Die Sitzungen werden in einem grundsätzlich vierwöchigen Rhythmus durchgeführt. Die Frequenz der Sitzungen wird an die Anzahl der zu beratenden Härtefallanträge angepasst. Pandemiebedingt haben die Sitzungen im Jahr 2021 zum Teil mit einer reduzierten Fallzahl und zum Ausgleich in einem 2-Wochen-Rhythmus im Rahmen von Telefonkonferenzen stattgefunden.

Jeder angenommene Härtefall, der in der Kommission beraten wird, wird von einem Kommissionsmitglied betreut. Dieses Mitglied berichtet über die Biografie samt aufenthaltsrechtlicher Vorgeschichte der angemeldeten Person und trägt die wichtigsten Aspekte des Härtefallantrages vor. Die gewonnenen Eindrücke und Erkenntnisse aus den ersten und weiteren Gesprächen mit dem oder der Betroffenen sind regelmäßig Bestandteil des Sachvortrages. Anschließend werden die übrigen Mitglieder der Kommission um ein Votum gebeten. Haben zwei Drittel der anwesenden stimmberechtigten Kommissionsmitglieder ein positives Votum abgegeben, wird ein Härtefallersuchen an die Senatorin für Inneres, Digitalisierung und Sport gerichtet. Die Voraufenthalte und insbesondere die Aufenthaltsdauer in Deutschland, die deutschen Sprachkenntnisse, die erworbenen Qualifikationen bzw. die erfolgreiche schulische Integration sowie die wirtschaftliche und soziale Integration, aber auch besondere humanitäre Aspekte wie z.B. die gesundheitliche Situation und die Folgen einer Rückkehr in das jeweilige Herkunftsland dienen als Grundlage des Votums der Kommission. Wesentliche Punkte, die vor dem abschließenden Votum in der Kommission auch diskutiert werden, sind die Identitätsklärung der Betroffenen, ihre Mitwirkung bei der Passbeschaffung und das Vorliegen und die Schwere der gegebenenfalls begangenen Straftaten.

Hierbei ist die Festlegung allgemeingültiger Entscheidungskriterien wegen der individuellen und vielfältigen Lebenssachverhalte nicht möglich. Dringende humanitäre oder persönliche Gründe, die für einen Verbleib in Deutschland sprechen, lassen sich immer nur einzelfallbezogen betrachten, da sie z. B. aus einem schweren persönlichen Schicksal und/oder aus einer nachhaltigen Integration resultieren können. Dabei werden auch gesundheitliche oder persönliche Hindernisse, die einem Spracherwerb oder einer beruflichen oder wirtschaftlichen Integration entgegenstehen können, besonders berücksichtigt. Jeder Einzelfall wird ausführlich beraten und angesichts des Vorgetragenen und der vorgelegten Unterlagen von der Kommission entschieden, ob ein Ersuchen an die Senatorin für Inneres, Digitalisierung und Sport gerichtet wird oder nicht.

Maßgebend ist nach der gesetzlichen Intention des § 23a AufenthG, dass in dem konkreten Einzelfall die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aufgrund besonderer persönlicher oder humanitärer Umstände ggf. auch unter bestimmten Auflagen ermöglicht wird, die nicht durch die

verschiedenen gesetzlichen Regelungen des AufenthG angemessen erfasst werden können. Die Härtefallregelung hat eine gesetzliche Auffangfunktion, um nicht beabsichtigte Härten des Aufenthaltsgesetzes zu schließen und Menschen eine Bleibeperspektive aufgrund ihrer Integration oder ihrer besonderen Schutzbedürftigkeit zu geben. Hierbei werden auch die Dauer des Aufenthalts, ein regelkonformer Aufenthalt, gesellschaftliches Engagement, die Vorlage von Ausweisdokumenten, die berufliche und persönliche Situation, der aufenthaltsrechtliche Status und die Zumutbarkeit einer freiwilligen Ausreise umfassend abgewogen und gewürdigt. Dafür müssen entsprechende Anforderungen erfüllt werden, da nicht jeder Fall einer ausreisepflichtigen Person einen Härtefall darstellt. Es sind vielmehr Ausnahmefälle, die ein Aufgreifen rechtfertigen. Es gibt keinen gerichtlich einklagbaren Anspruch auf Anerkennung eines Härtefalls für die Betroffenen. Durch das ausschließliche Vorschlagsrecht der Mitglieder der Härtefallkommission wird sichergestellt, dass sich nur erfahrene Personen aus der Zivilgesellschaft das Anliegen eines Härtefalls zu eigen machen und sich für diese Betroffenen in einem geordneten Verfahren einsetzen können.

In den Fällen, in denen z.B. ein Ausbildungsvertrag abgeschlossen werden kann oder bereits vorliegt, auf Grund dessen es angemessen erscheint, das Härtefallverfahren zu beenden und stattdessen eine Ausbildungsduldung nach § 60c AufenthG anzustreben, wird das betreuende Kommissionsmitglied gebeten, bei der Geschäftsstelle aufschiebend bedingt für den Fall der Erteilung der Ausbildungsduldung die Rücknahme des Härtefallantrages zu erklären. Das LEA prüft dann unverzüglich, ob eine Ausbildungsduldung erteilt werden kann. Ist das nicht der Fall, weil die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür nicht vorliegen, wird das Härtefallverfahren fortgesetzt. Wird hingegen eine Ausbildungsduldung erteilt, wird der Härtefallvorgang abgeschlossen.

1.4. Entscheidung der Senatorin für Inneres, Digitalisierung und Sport

Im Anschluss an die Kommissionssitzungen leitet die Vorsitzende der Geschäftsstelle alle Unterlagen nebst dem Vorschlag der Härtefallkommission mit einer Empfehlung an die Senatorin für Inneres, Digitalisierung und Sport weiter.

Die Senatorin ist nicht an die Wertungen und den Vorschlag der Kommission gebunden. Sie entscheidet frei, ob und ggf. unter welchen Bedingungen und Auflagen der weitere Aufenthalt ermöglicht wird. Jede Entscheidung der Senatorin, das Ersuchen nach § 23a AufenthG nicht aufzugreifen, ist gegenüber dem betreuenden Kommissionsmitglied schriftlich zu begründen. Nach der Entscheidung der Senatorin informiert die Geschäftsstelle zunächst die Kommissionsmitglieder und weist sodann das LEA an, die Entscheidung umzusetzen. Die Kommissionsmitglieder werden stets vor dem LEA über die Entscheidung der Senatorin informiert und können bei einer ablehnenden Entscheidung der Senatorin innerhalb von vierzehn Tagen dagegen schriftlich remonstrieren und das Vorliegen einer Härte durch neue Sachvorträge begründen.

Mit der Remonstration ist die Bitte an die Senatorin verbunden, ihre Erstentscheidung zu überdenken. Das LEA wird erst nach endgültiger Entscheidung der Senatorin über das Ergebnis informiert. Wird das Ersuchen aufgegriffen, ergeht im Wege der Fachaufsicht eine Weisung an das LEA, eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG zu erteilen, die ggf. an die Erfüllung bestimmter einzelfallabhängiger Auflagen geknüpft wird. Im Regelfall wird die Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre erteilt, die Weisung kann aber auch für kürzere Zeiträume ergehen und etwa mit der Auflage verbunden sein, den Lebensunterhalt vollständig ohne Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen zu sichern, Unterhalt zu zahlen, eine Ausbildung aufzunehmen oder einen Sprachkurs zu absolvieren.

Eine grafische Darstellung des Ablaufs des HFK-Verfahrens ist dem Bericht als **Anlage 2** beigefügt.

2. Statistik

2.1. Zahlenüberblick 2005-2021

Die folgende Tabelle stellt die Antrags- und Entscheidungszahlen seit dem Jahr 2005 dar:

Jahr	Anmeldungen	beratene Fälle	davon Ersuchen	davon stattgegebene Ersuchen	stattgegebene Ersuchen in % der gestellten Ersuchen
2005	keine Angabe *	430	291	187	64,3
2006	keine Angabe *	403	273	157	57,5
2007	keine Angabe *	221	154	92	59,7
2008	keine Angabe *	210	140	96	68,6
2009	keine Angabe *	245	196	133	67,9
2010	keine Angabe *	258	213	127	59,6
2011	keine Angabe *	227	196	137	69,9
2012	265	154	150	97	64,7
2013	329	206	195	111	56,9
2014	288	183	173	67	38,7
2015	252	229	225	112	49,8
2016	358	133	130	76	58,5
2017	366	272	262	182	69,5
2018	289	238	231	175	75,8
2019	296	192	188	140	74,5
2020	234	159	152	110	72,4
2021	269	223	215	165	76,7

*Neuanmeldungen und Verlängerungsfälle wurden gemeinsam erfasst, daher kein vergleichbares Zahlenmaterial.

2.2. Anträge und Erledigungen in 2021

Für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 ergaben sich zusammengefasst die nachfolgend dargestellten Eingangszahlen:

	Anträge
eingegangene Härtefallanträge in 2021	269
am 1.1.2021 noch offene Anträge aus den Vorjahren	145
in 2021 erledigte Anträge	312
offene Anträge am 31.12.2021	102

Im Jahr 2021 wurden 312 Härtefallanträge abschließend bearbeitet: 20 Anträge waren unzulässig, 223 Anträge wurden in 11 Sitzungen der Härtefallkommission im Jahr 2021 und in der 12. Sitzung im Jahr 2020 beraten, 69 Anträge haben sich anderweitig erledigt. Die in der 12. HFK-Sitzung im Dezember 2021 beratenen Fälle können hier nicht berücksichtigt werden. Da die Entscheidungen über diese Fälle nicht mehr im Jahr 2021 abgeschlossen werden konnten, werden diese in den Tätigkeitsbericht 2022 einfließen.

Zum Jahresende 2021 konnten nicht alle in dem Jahr eingegangenen Anträge abschließend bearbeitet werden - zum Stichtag 31.12.2021 waren 102 Anträge noch offen. Diese Fälle werden in die Ergebnisstatistik des Tätigkeitsberichts 2022 einfließen.

unzulässige Anträge	Anträge	Personen
konkreter Rückführungstermin steht fest	7	14
LEA Berlin nicht zuständig	3	3
rechtskräftige strafrechtliche Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mehr als drei Jahren wegen zumindest eines Verbrechens	3	3
nicht vollziehbar ausreisepflichtig	4	4
nicht im Bundesgebiet aufhältig	1	1
Zweit Antrag ohne neuen Sachvortrag	2	2

anderweitige Erledigung	Anträge	Personen
Rücknahme	51	80
Aufenthaltserlaubnis auf anderer Rechtsgrundlage erteilt	17	35
freiwillige Ausreise	1	1

Im Jahr 2021 betrug die durchschnittliche Bearbeitungszeit für Härtefallanträge rund 6 Monate von der Antragstellung bis zur Umsetzung der Entscheidung. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit des letzten Jahres konnte somit auch im Jahr 2021 beibehalten werden. Verzögerungen der Bearbeitungszeit treten in erster Linie dadurch ein, dass parallele Anträge beim LEA gestellt werden und dort geprüft werden müssen. Dadurch verzögern sich häufig die Beratung und Entscheidung der Härtefallkommission. Weitere Verzögerungen im Geschäftsablauf treten dadurch auf, dass kurzfristig vor den entsprechenden Sitzungen neue Unterlagen vorgelegt werden und die Beratung vertagt werden muss. Die Geschäftsstelle strebt an, die durchschnittliche Bearbeitungszeit von max. 6 Monaten vom Antrag bis zur endgültigen Entscheidung nicht zu überschreiten, da die Betroffenen zeitnah Klarheit über ihre Bleibeperspektive erhalten sollen. Zugleich soll verhindert werden, dass durch die Stellung eines aussichtslosen Härtefallantrages die Durchsetzung der Ausreisepflicht verzögert wird, da die Betroffenen in der Zeit der Prüfung des Härtefalls nach der Praxis in Berlin bis zur Entscheidung nicht abgeschoben werden dürfen.

2.3. Strukturelle Erkenntnisse zum Personenkreis der Antragsteller/-innen

Der Personenkreis von insgesamt 388 Personen, für die ein Härtefallantrag in 2021 eingegangen ist, setzt sich wie folgt zusammen:

Altersstruktur	Personen	Anteil in Prozent (gerundet)
< 18 Jahre	87	22,4
18 bis 25 Jahre	54	13,9
26 bis 45 Jahre	192	49,5
46 bis 65 Jahre	52	13,4
> 65 Jahre	3	0,8

Geschlechterverteilung	Personen	Anteil in Prozent (gerundet)
männlich	241	62,1
weiblich	147	37,9

Familienverhältnisse	Personen	Anteil in Prozent (gerundet)
Einzelpersonen	219	56,4
Familienverbund mit minderjährigen Kindern	155	39,9
Eheleute ohne Kinder	14	3,6

In der folgenden Tabelle sind die Herkunftsländer aufgelistet, aus denen der größte Anteil der Antragstellerinnen und Antragsteller stammen:

Herkunftsländer	Personen	Anteil in Prozent (gerundet)
Iran	44	11,3
Russische Föderation	42	10,8
Pakistan	34	8,8
Ägypten	29	7,5
Armenien	28	7,2
Türkei	21	5,4
Aserbajdschan	18	4,6
Ukraine	17	4,4
Syrien	15	3,9
Libanon	15	3,9

Eine Übersicht über alle Herkunftsländer ist diesem Bericht als **Anlage 3** beigefügt.

Danksagung

Die Tätigkeit der Härtefallkommission, deren Geschäftsstelle sowie des Landesamtes für Einwanderung war auch im Jahr 2021 durch die pandemiebedingten Einschränkungen erschwert. Dank der weiterhin engagierten, vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit sowie der bereits gesammelten Erfahrungen und gefundenen Lösungswege aus dem Vorjahr im Umgang mit pandemiebedingten Einschränkungen konnte die Arbeit trotz erschwelter Bedingungen effizient fortgesetzt werden. Dennoch sind die erschwerten Arbeitsprozesse für alle Beteiligten eine große Herausforderung. Auch im Jahr 2021 wurde weitgehend auf die vertraute persönliche Kommunikation in den Präsenzsitzungen verzichtet und die HFK-Sitzungen als Telefonschaltkonferenz durchgeführt.

Die effektive Zusammenarbeit mit den Beschäftigten des Landesamtes für Einwanderung, die als kompetente und zuverlässige Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen den Mitarbeitenden der Geschäftsstelle zur Verfügung stehen, trägt einen gewichtigen Teil zur Arbeit der Härtefallkommission bei.

Ich danke somit allen Beteiligten, die trotz der schwierigen Umstände im Jahr 2021 im „HFK-Geschäft“ mit Leidenschaft, Empathie sowie hohem Engagement mitgewirkt und so für zahlreiche Menschen in Berlin eine gute Bleibeperspektive erreicht haben.

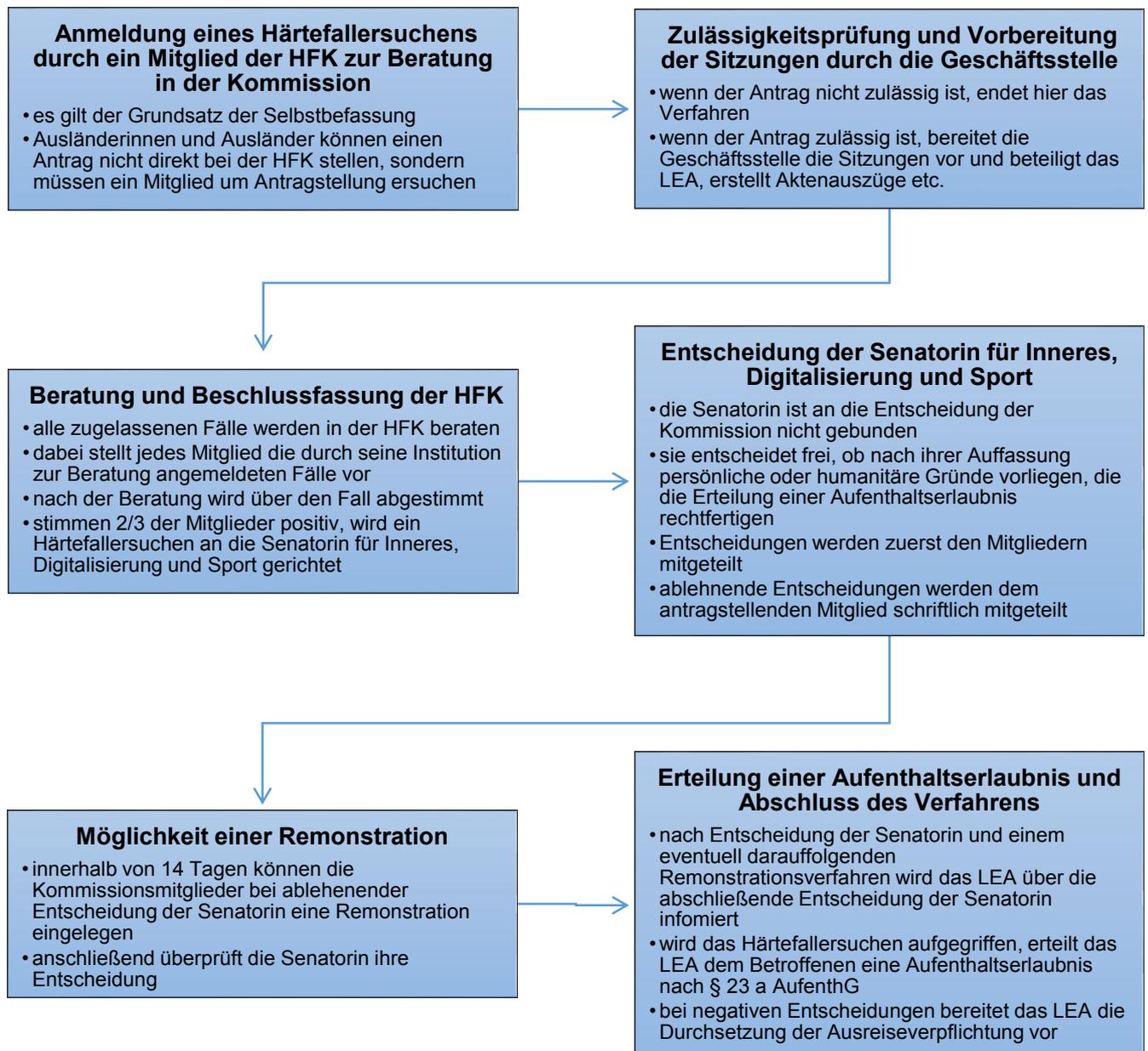
Frau Rienitz

- Vorsitzende der Geschäftsstelle -

Anlage 1 - Mitglieder der Härtefallkommission

Entsendende Organisation	Kommissionsmitglied	Stellvertreter / Stellvertreterin
Integrationsbeauftragte des Senats von Berlin	Fr. Frauke Steuber	Herr Dr. Nguyen van Huong
Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstel- lung	Fr. Malin Schmidt-Hijazi	Fr. Daniela Klaue-Ko- lodziejcok
Römisch-katholische Kirche	P. Claus Pfuff SJ	Fr. Karolina Hoser Grancho
Evangelische Kirche Berlin- Brandenburg-Schlesische Ober- lausitz	Hr. Rüdiger Jung	Fr. Beatrix Spreng
Liga der Wohlfahrtsverbände	Fr. Kitty Thiel	Fr. Elisabeth Petermichl
Flüchtlingsrat Berlin e.V.	Fr. Melina Garcin	Fr. Emily Barnickel
Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.	Fr. Magdalena Benavente	Fr. Dr. Victoria Faison

Anlage 2 - Ablauf eines HFK-Verfahrens



Anlage 3 - Statistik Herkunftsländer

	Personenanzahl
Afghanistan	12
Ägypten	29
Albanien	9
Algerien	1
Armenien	28
Aserbaidshan	18
Bangladesch	9
Benin	2
Bolivien	1
Bosnien und Herzegowina	4
Brasilien	1
China	1
Dominikanische Republik	1
Gambia	5
Georgien	4
Guinea	4
Indien	3
Indonesien	1
Irak	11
Iran	44
Kamerun	4
Kasachstan	1
Kenia	1
Kolumbien	1
Kongo	1
Kosovo	2
Libanon	15
Libyen	1
Mali	1
Marokko	1
Mazedonien	11
Moldau	7
Nigeria	7
Pakistan	34
Philippinen	1
Russische Föderation	42
Serbien	10
Südafrika	1
Syrien	15
Togo	1
Tunesien	4
Türkei	21
Ukraine	17
Vietnam	1
Gesamtergebnis	388